

QUARTALSBERICHT

Projektland: Bulgarien

Quartal/Jahr: III/2011

Schlagzeilen

1. Wahlkampf für die Präsidenten- und Kommunalwahlen am 23. Oktober
2. Holland und Finnland blockieren den Schengen- Beitritt Bulgariens und Rumäniens
3. Konflikt mit dem Anführer eines Roma- Clans in Katuniza: Auslöser für landesweite Unruhen
4. Mehrheit im bulgarischen Parlament stimmt gegen den Entwurf für das Gewinnabschöpfungsgesetz
5. Moody's erhöht Kreditrating Bulgariens von Baa3 auf Baa2

Wahlkampf für die Präsidenten- und Kommunalwahlen am 23. Oktober

Seit Anfang dieses Jahres wird das politische Leben in Bulgarien durch einen heftigen Wahlkampf gekennzeichnet. Am 23. Oktober 2011 finden Präsidenten- und Kommunalwahlen gleichzeitig statt. Der Wahlkampf startete offiziell am 24. September. Bis Mitte September wurden die Namen aller wichtigen Kandidaten bekannt gegeben.

Laut einiger Umfrageergebnisse würde **Rosen Plevneliev**, der GERB - Kandidat für den Posten des Staatspräsidenten der Wahlgewinner sein.

Auch die jetzt amtierende Oberbürgermeisterin der Hauptstadt Sofia **Jordanka Fandakova** (GERB) würde erneut gewählt.

Das bulgarische Meinungsforschungsinstitut "Mediana" veröffentlichte am 16. September folgende Prognose für die bevorstehende Staatspräsidentenwahl:

Staatspräsident(Kandidat) Vizepräsident (Kandidat)	Partei, Koalition	Prozente
Rosen Plevneliev Margarita Popova	GERB*	29,1 %
Ivailo Kalfin Stefan Danailov	BSP*	21,9 %

Meglana Kuneva Ljubomir Hristov	Unabhängig	14,1 %
Volen Siderov Pavel Shopov	Ataka	3,7 %
Rumen Hristov Emanuil Jordanov	Blaue Koalition	3,8 %
andere Kandidaten		4 %
nicht wählen		23,4 %

* GERB – Bürger für europäische Entwicklung Bulgariens

* BSP – Bulgarische Sozialistische Partei

Rosen Plevneliev, der Kandidat der regierenden Partei war bis zum 10. September Bauminister in der gegenwärtigen bulgarischen Regierung. Als Kandidat der regierenden Partei ist er freiwillig von diesem Posten zurückgetreten. Plevneliev spricht sehr gut Deutsch, er war acht Jahre als Ingenieur und Unternehmer in Bayern tätig. Von 1998 bis zu seiner Ernennung zum Minister war er Geschäftsführer der Firma „Lindner Bulgarien“.

Die Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin, **Margarita Popova**, ist Justizministerin (zurzeit beurlaubt) in der jetzigen bulgarischen Regierung.

Wenn bei der Präsidentenwahl am 23. Oktober keiner der Kandidaten mehr als 50 % der Wählerstimmen für sich gewinnen könnte, was sehr wahrscheinlich ist, findet eine Stichwahl am 30. Oktober statt. Diese wird mit Spannung erwartet. Wer würde bei der Stichwahl eventuell gegen Rosen Plevneliev antreten? Wen würden die anderen Parteien unterstützen und vor allem für wen würde sich **Ahmed Dogan**, Vorsitzender der Partei „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (BRF) entschließen? Bis heute schweigt er immer noch, wenn er danach gefragt wird. Bei der traditionell niedrigen Wahlbeteiligung haben die „disziplinierten Wähler“ dieser Partei der türkischen Minderheit in Bulgarien alle bisherigen Staatspräsidentenwahlen entschieden.

Reale Chancen, mit dem GERB-Kandidaten Plevneliev in die Stichwahl zu kommen, haben sowohl **Ivailo Kalfin** als auch **Meglana Kuneva**.

Ivailo Kalfin war bis 2009 Außenminister in der früheren bulgarischen Regierung und ist jetzt Europaabgeordneter in der PES-Fraktion (Party of European Socialists). Sein Vize wurde erst Mitte September nominiert: das ist **Stefan Danailov**, BSP- Abgeordneter und Kultusminister in der früheren Regierung bis 2009, einer der beliebtesten bulgarischen Theater- und Filmschauspieler.

Meglana Kuneva war bulgarische Europaministerin von der „Nationalen Bewegung für Stabilität und Fortschritt“ (NDSV, die Partei von Simeon Sachscoburggotski) in der früheren bulgarischen Regierung und bis 2010

Europakommissarin für Verbraucherschutz. Mit ihrer parteiunabhängigen Kandidatur hofft sie, einem breiten Wählerkreis zu imponieren.

Die letzte veröffentlichte Prognose des Meinungsforschungsinstituts “Mediana” für die Bürgermeisterwahlen in der Hauptstadt Sofia deutet auf einen großen Wahlvorsprung für die amtierende Oberbürgermeisterin **Jordanka Fandakova**:

Oberbürgermeisterkandidaten für Sofia	Partei, Koalition	Prozente
Jordanka Fandakova	GERB	32,2 %
Georgi Kadiev	BSP	17,7 %
Proschko Proschkov	Blaue Koalition	8,9 %
Nikolai Pechlivanov	Ataka	6,8 %
Vladimir Karolev	NDSV	4,1 %
andere Kandidaten		4,1 %
nicht wählen		26,2 %

Den bevorstehenden Wahlen in Bulgarien wird aus folgenden Gründen eine hohe Bedeutung beigemessen:

- Die Ergebnisse der Kommunalwahlen werden die Wählerstimmung zwei Jahre nach der Wahl der GERB- Regierung zeigen. Seit der Wende 1989 hat noch keine regierende Partei oder Koalition die Kommunalwahlen in Bulgarien gewonnen. Alle regierenden Parteien wurden bei jeder bisherigen Wahl vom Volk „bestraft“. Ein Wahlsieg für die regierende Partei GERB würde ein Ja-Wort für die Fortsetzung der strikten Sparpolitik der jetzigen Regierung zur Reduzierung des staatlichen Haushaltsdefizits sein, die Bulgarien zu einem Musterbeispiel für Europa verwandelt hat (*s. Kommentar von Klaus Brill in der SZ vom 25. Juli: „Lernen von Bulgarien“*). Bei vielen Bulgaren findet eine solche Sparpolitik trotz der stabilen finanziellen Lage des Landes natürlich nicht immer Akzeptanz.
- Obwohl Bulgarien eine parlamentarische Republik ist, werden dennoch Staatspräsident und Vizepräsident direkt vom Volk gewählt. Allein diese Tatsache macht die Institution des Staatspräsidenten zu einem wichtigen politischen Faktor in Bulgarien. Er ernennt die Leiter einiger der wichtigsten Staatsämter (z.B. den Generalstaatsanwalt, die Leiter der Geheimdienste, den Leiter des Generalstabs der Armee, die höchsten Grade bei der Armee u.a.). Staatspräsident **Georgi Parvanov**, der seit 2001 im Amt ist, war davor Vorsitzender der Bulgarischen Sozialistischen Partei. In den letzten zwei Jahren kam es oft zu heftigen Konflikten zwischen ihm und der Regierung. Bulgarische Botschafterposten zum Beispiel bleiben monate- oder jahrelang unbesetzt, weil Regierung und Staatspräsident sich über politisch akzeptable Persönlichkeiten nicht einigen können.

Die Ergebnisse der Wahlen werden die Tendenz in der politischen Entwicklung Bulgariens erkennbar machen.

Im September zeigten alle großen Fernsehsender Ermittlungsreportagen über Fälle eines organisierten Stimmenkaufs manchenorts in Bulgarien. Ein verdeckter Reporter führte "Verhandlungen" mit einem "Vermittler" von dem Roma-Viertel in Plovdiv für den Kauf von 1 000 Stimmen und erhielt nach der ersten "Ratenzahlung" eine Namensliste mit persönlichen Daten. Am 15. September unterzeichneten der Generalstaatsanwalt **Boris Veltshev**, der Innenminister **Tsvetan Tsvetanov** und der Vorsitzende der Staatlichen Agentur für nationale Sicherheit **Konstantin Kazakov** ein Kooperationsabkommen für Bekämpfung des Stimmenkaufes. An der anschließenden Pressekonferenz sagte Veltshev, dass die Gesellschaft höhere Strafen für den Stimmenkauf erwartet, der in Bulgarien vor zwei Jahren kriminalisiert wurde. Für diesen Tatbestand steht im bulgarischen StGB eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren und Geldbuße zwischen 10 000 und 20 000 Leva. Jedoch dürfen nach bulgarischem Recht bei Ermittlungen von Straftaten, für welche eine Haftstrafe bis zu fünf Jahren verhängt werden kann, keine speziellen Überwachungsmittel eingesetzt werden und sind als Beweismittel von den Strafgerichten nicht zugelassen. Deswegen kann die Schuld bei diesen Straftaten sehr schwer nachgewiesen werden. Trotzdem wurden im Jahre 2009 nach der letzten Parlamentswahl 32 Personen wegen Stimmenkaufs und 64 Personen wegen vorsätzlicher mehrfacher Ausübung des Wahlrechts am Wahltag verurteilt.

Ende Juli brachte die parlamentarische Opposition ein drittes Misstrauensvotum gegen die Regierung ein. Bei der Abstimmung im Plenarsaal votierte erneut eine deutliche Mehrheit für die Regierung: 143 Abgeordnete (GERB, Ataka und Unabhängige) stimmten gegen das Misstrauensvotum, 91 (BSP, Blaue Koalition, BRF und Unabhängige) unterstützten es.

Holland und Finnland blockieren den Schengen- Beitritt Bulgariens und Rumäniens

Beim Ratstreffen der EU-Innenminister am 22. September in Brüssel legten Holland und Finnland ihr Veto gegen den Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengener Abkommen ein. Vorgeschlagen wurde, dass beide Länder in zwei Stufen beitreten sollten: bis Ende 2011 sollte die Kontrolle an den Luftgrenzen beider Länder entfallen und im nächsten Jahr auch die Kontrolle an den Landesgrenzen.

Der Einspruch gegen diesen Vorschlag wurde von den Vertretern Hollands und Finnlands folgendermaßen argumentiert: Bulgarien und Rumänien hätten nur wenig Erfolg bei der Korruptionsbekämpfung nachweisen können und somit wären sie nicht in der Lage, die Sicherheit an den Außengrenzen des Schengen-Raums zu gewährleisten.

Holland und Finnland würden ihre Position erst nach dem nächsten Monitoring- Bericht der EK im Jahr 2012 überdenken.

Die Sperrung des Schengenbeitritts löste große Enttäuschung in Bulgarien aus. Die diesbezügliche Entscheidung des Ratstreffens der EU-Innenminister wurde im Lande als ein Verstoß gegen den Beitrittsvertrag Bulgariens zur Europäischen Union gewertet.

Der Monitoring - Bericht der Europäischen Kommission vom Juli dieses Jahres stellt den andauernden Fortschritt bei der Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität in Bulgarien fest. Darin steht aber auch, dass Bulgarien noch keine zufriedenstellenden Ergebnisse in diesem Bereich erzielt habe und dass es an Urteilen wegen Korruption in den hohen Machtetagen noch fehle. Bei Verfahren wegen organisierter Kriminalität gebe es Probleme beim Sammeln von Beweisen, bei dem Zeugenschutz und bei der Ermittlung von Wirtschaftsdelikten. Direkt anvisiert werden auch die mehrfachen Freispruchurteile gegen Vertreter der organisierten Kriminalität.

Konflikt mit dem Anführer eines Roma- Clans in Katuniza: Auslöser für landesweite Unruhen

Nachdem in dem Dorf Katuniza am 23. September ein junger Dorfbewohner, slawischer Bulgare, von einem Kleinbus angefahren und tödlich verletzt worden war, kam es zu einem heftigen Aufruhr der Dorfbewohner. Laut Augenzeugenberichten wurde der junge Mann absichtlich überfahren. Im Kleinbus waren Mitglieder des Roma-Clans von Kiril Raschkov, bekannt auch als "Zar Kiro". Der Fahrer des Busses beging Fahrerflucht, wurde aber 2 Tage später festgenommen und anschließend wegen vorsätzlicher Tötung angeklagt. Die aufgebrachten Dorfbewohner von Katuniza steckten den Wohnsitz von Raschkov, ein palastähnliches Haus im Dorf sowie andere Häuser und Luxusautos seines Clans in Brand. Bei den Tumulten kam ein anderer junger Mann ums Leben. Der Zorn der Dorfbewohner gegen Raschkov hatte sich seit längerer Zeit angestaut: viele von ihnen sprachen vor den Fernsehkameras davon, dass er sich wiederholt eigenwillig Land angeeignet habe, sie brutal unterdrückt habe, durch Verbrechen steinreich geworden sei und dass er angeblich als Herrscher über dem Gesetz stehe. Zu den protestierenden Dorfbewohnern kamen mehrere Gruppen aus der naheliegenden Großstadt Plovdiv – Fußballfans, Rocker, aber auch Mütter. Proteste und Unruhen brachen auch in anderen Städten Bulgariens aus. In Sofia und Varna kamen Tausende Demonstranten auf die Straßen, manche wurden auch gewalttätig. Einige Hundert Protestierende wurden festgenommen, einige darauf im Schnellverfahren wegen Landfriedensbruch verurteilt. Staatspräsident **Georgi Parvanov** und Ministerpräsident **Boiko Borissov** besuchten gemeinsam das Dorf Katuniza, sprachen ihr Beileid den Familien der beiden Opfer aus und mahnten zur Besonnenheit. Ethnische Auseinandersetzungen dürften keinesfalls den Wahlkampf dominieren.

Unter dem bulgarischen Volk herrscht seit mehreren Jahrzehnten Toleranz, ethnischer und religiöser Frieden meinten beide Staatsmänner.

Nach Angaben der Volkszählung, durchgeführt im Februar dieses Jahres, leben in Bulgarien 325 343 Roma – 4,9 % der Bevölkerung. Zur türkischen Minderheit gehören 8,8 %, die slawischen Bulgaren repräsentieren 84,8 % der Bevölkerung.

Die Armut, das isolierte Leben in Ghettos, die fehlende Ausbildung und die massenhafte Migration in die Großstädte führen zu einer starken Kriminalitätsrate bei der Roma- Minderheit.

Der Vorfall in Katuniza und die darauf folgenden Tumulte sind kein Hinweis auf ethnische Spannung in Bulgarien (wenn man die Randgruppe der Rechtsradikalen ausschließt).

Kiril Raschkov steht an der Spitze einer kriminellen Struktur und terrorisiert das ganze Dorf seit fast 20 Jahren. „Die Hauptbranchen“ seiner Tätigkeit sind Produktion und Vertrieb von illegalem Alkohol, organisierte Prostitution und organisierter Taschendiebstahl, sowie „Handel“ mit Wählerstimmen in großem Umfang. Raschkov und seine Familienangehörigen haben sich gesetzeswidrig mehrere staatliche und private Landstücke angeeignet und öffentliche Straßen versperrt. Sie verfügen über prachtvolle Häuser und einen beeindruckenden Autopark. Raschkov ist zugleich als arbeitslos registriert und hat seit 2004 keine Steuern bezahlt. Trotzdem ist er in den letzten Jahren von keiner Behörde ermittelt worden. Auf die vielen Beschwerden und Signale von Dorfbewohnern haben Polizei und Staatsanwaltschaft nicht reagiert. Einige Tage nach dem Vorfall in Katuniza wurde Kiril Rashkov festgenommen und wegen Morddrohung angeklagt. Zugleich begannen die Finanzbehörden ihn wegen Steuerhinterziehung in besonders hohem Maße zu ermitteln.

Der Fall Raschkov ist kein Einzelfall. In vielen Städten Bulgariens leben solche „unantastbare“ Kriminelle, sowohl von der Roma- Minderheit als auch slawische Bulgaren.

Das verletzte Gerechtigkeitsgefühl der Bürger, der langjährige Zorn über die politische Rückendeckung und die Unantastbarkeit regionaler Bosse mit kriminellem Hintergrund dürften Hauptauslöser des Aufruhrs im Lande nach dem Vorfall von Katuniza sein. Dieser Fall spiegelt die gesellschaftliche Reaktion auf das mangelhaft funktionierende Kontroll- und Justizsystem in Bulgarien in den letzten 20 Jahren nach der Wende.

Mehrheit im bulgarischen Parlament stimmt gegen den Entwurf für das Gewinnabschöpfungsgesetz

Anfang Juli brachte die Regierung ein neues Gewinnabschöpfungsgesetz zur Abstimmung ins Parlament. Bei der Abstimmung im Plenarsaal gab es dafür nur 70 Ja-Stimmen von der GERB- Fraktion. 95 Abgeordneten aller anderen

Fraktionen stimmten dagegen. 40 GERB- Abgeordneten waren bei der Abstimmung im Plenarsaal nicht anwesend.

Dieser Entwurf war ein wichtiges Element der Reformpolitik der Regierung und eine Reaktion auf die Kritik der Europäischen Kommission bezüglich des uneffektiven Justizsystems in Bulgarien (s. I QB 2011).

Im Gesetzesentwurf ist die Beschlagnahmung von Eigentum im Wert von über 75 000 Euro vorgesehen, wenn jemand den Ursprung der Mittel für den Erwerb nicht nachweisen kann. Ein Strafprozess oder ein Strafurteil sind keine gesetzliche Bedingung für die Anwendung des Gesetzes.

Die Argumente der Gegner dieses Gesetzes betrafen an erster Stelle die vorgesehene Beweislastumkehr zu Ungunsten der ermittelnden Personen.

Die neuen Regeln könnten gegen politische Gegner missbraucht werden.

Eine durchschnittliche Wohnung in Sofia hat den Preis von ca. 75 000 Euro und so könnte das Gesetz zu massenhaften Konfiszierungen führen.

Ministerpräsident Borissov sagte am Tag darauf, dass die Regierung einige berechnete Kritiken (z. B. bezüglich der Geldgrenze) bei der Überarbeitung des Entwurfes vorsehen würde. Nach den Wahlen im Oktober werde die Regierung aber dieses Gesetz erneut zur Abstimmung ins Parlament einbringen.

Um die prozessuale Möglichkeit für ein endloses, jahrelanges „Wandern“ der Strafverfahren zwischen den verschiedenen Gerichtsinstanzen zu unterbinden, schlugen Abgeordnete von der Regierungsfraktion und von der Opposition einen gemeinsamen Entwurf für Änderungen in der StPO. Vorgeschlagen wird, dass die zweite Gerichtsinstanz ein Strafverfahren an die erste Instanz maximal einmal zurückweisen kann, das Oberste Kassationsgericht – maximal zweimal.

Jetzt gibt es keine Schranken dafür und manche Gerichte weisen ein Verfahren fünfmal an die erste Instanz zurück. So dauern viele Strafprozesse weit über 10 Jahren nur in der Gerichtsphase!

Zum ersten Mal verhängte das Oberste Verwaltungsgericht Geldstrafen gegen Abgeordneten wegen Interessenkonflikts. Zwei GERB- Abgeordnete haben Änderungen des Gesetzes für Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen zugunsten der Landverpächter ins Parlament eingebracht. Als große Landbesitzer und Pächter würden sie durch diese Änderungen erhebliche Vorteile bekommen. Deswegen wurden ihnen Geldstrafen von 5 000 Leva verhängt. Infolge der vielen Kritiken im Plenarsaal wurde die Änderungsvorlage zurückgewiesen.

Plamen Galev und **Angel Christov**, bekannt als “Brüder Galevi“, wurden im Juli vom Sofioter Appellationsgericht zu 7 Jahren Haftstrafe wegen organisierter Erpressung verurteilt. Das Amtsgericht in Kjustendil hatte sie im November letzten Jahres freigesprochen (s. IV QB 2010).

Ihre Namen wurden zuletzt auch international bekannt, als sie durch ihre Kandidaturen bei den Parlamentswahlen 2009 Immunität erlangten und aus der Untersuchungshaft entlassen werden mussten.

Auch im Juli wurde ein Richter vom Amtsgericht in Kjustendil zu drei Jahren bedingte Haftstrafe wegen Korruption verurteilt. Im Oktober letzten Jahres hatte die Polizei im Einsatz bei ihm 24 000 Leva (ca.12 000 Euro) markiertes Bestechungsgeld sichergestellt. Er hatte das Geld verlangt, um in einem Steuerverfahren zugunsten des Besitzers zu entscheiden.

Moody's erhöht Kreditrating Bulgariens von Baa3 auf Baa2

Aufgrund der stabilen Finanzlage und der Stabilität der Institutionen erhöhte die internationale Kreditagentur Moody's das Kreditrating Bulgariens von Baa3 auf Baa2. Bulgarien hat bis September 2011 seine Auslands- Staatsschulden auf 2,74 Milliarden Euro reduziert. Das staatliche Haushaltsdefizit 2011 wird 2,5 % nicht überschreiten und nächstes Jahr soll es auf 1,5 % reduziert werden.

Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2010 ist der Export aus dem Lande im ersten Halbjahr 2011 um 47,2 % gestiegen. Die Inflation der Preise für die ersten sieben Monate des Jahres beträgt 1,8 %.

Der Autor, Bogdan Mirtshev, ist Projektleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Sofia, Bulgarien

IMPRESSUM

Erstellt: 17.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de